

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

erschienen wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichs-Vost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 5600. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonne:  
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Wie wird der Verbandstag verlaufen? Von Aug. Haas (Köln).

Diese Frage bewegt augenblicklich nicht allein die Genossen in unserm Verbande, sondern auch Zehntausende von Gewerkschaftskollegen anderer Verbände behandeln dieses Thema. Der Verlauf unserer Generalversammlung in Köln im Jahre 1917, dann die verschiedenen Entlassungen von Angestellten in unserm Verbande sowie die Tagung unserer Bevollmächtigten im Juni d. J. in Stuttgart und die Abstimmungen auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg haben aller Welt gezeigt, daß die Opposition in der größten deutschen Gewerkschaft scharf um die Mehrheit ringt. Daß es so ist, beweist auch deutlich das Zirkular Dismanns an seine „lieben Freunde“, welches in Nr. 26 der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckt ist und worin er sagt: „Der diesjährige Verbandstag wird zu einer Kraftprobe werden.“ Die Rundschreiben von Halle und Remscheid, die in Nr. 33 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 4 abgedruckt sind, beweisen es ebenfalls, zeigen aber auch unseren Mitgliedern, wie die Opposition arbeitet, um ihr Ziel zu erreichen. In beiden Schreiben werden genau wie im Zirkular Dismanns die Verbandsoberleitungen nach ihrer politischen Parteizugehörigkeit eingeteilt. In dem Halleer Rundschreiben sagt man: „Einiges geschlossenes Vorgehen ist notwendig; Sonderinteressen müssen ausschalten, deshalb ist vorübergehende Verständigung dringend geboten. Es kommt diesmal auf jede einzige Stimme an und müssen die Genossen der U. S. P. und R. U. zusammenstehen.“ Demnach scheint also noch nicht festzustehen, die Mehrheit auf dem Verbandstage hat. Bei den vielen Wahlprotesten, die vorliegen, ist es sehr leicht möglich, daß es bis zum Schlusse des Verbandstages nicht einwandfrei festgestellt werden kann. Ich wünsche, es läme so, denn dann würde die Politik des Kompromisses statt der Politik der beiderseitigen Siege eintreten und damit das Verziehenlernen und das Zusammenarbeiten eher gefördert sein. Natürlich dürften dann nicht alle Bestimmungen nach politischen Gesichtspunkten erfolgen, sondern nach gewerkschaftlichen Grundsätzen und Erfahrungen. Nicht, daß nachher Kollegen sagen müssen, wie einer der Kölner Delegierten vom Gewerkschaftskongress bei der Berichterstattung sagte: „Gäbe ich nicht der U. S. P. angehört, so hätte ich in manchen Fragen anders gestimmt!“

Im Interesse unseres großen, mächtigen Verbandes, ja, ich möchte glauben im Interesse der gesamten Arbeiterschaft würde es liegen, wenn beide Richtungen zusammen arbeiteten. Die Möglichkeit besteht — wenn nur führende Kollegen beider Gruppen den guten Willen dazu haben.

Unser Vorstand wird erheblich vergrößert. Warum sollte es nicht angängig sein, Kollegen der Opposition hineinzuwählen, die durch ihre jahrelange Arbeit im Verbande bewiesen haben, daß sie trotz ihrer radikalsten Ansicht sich mit den Weinen auf der Erde bewegen und den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter als das vornehmste Ziel der Gewerkschaften betrachten. Eine gemeinschaftliche Befestigung der Redaktionen unseres Verbandes halte ich ebenfalls für leicht durchführbar. Dabei muß aber oberster Grundsatz bleiben, was 1915 auf dem Verbandstage in Berlin auf meinen Antrag hin beschlossen wurde, daß sich die Redakteure einer großen Sachlichkeit und Zurückhaltung in der Behandlung von Parteistreitigkeiten befleißigen. Streitfragen über Sozialisierung, Arbeitsgemeinschaft, Kollektivarbeitsverträge, Rätefragen usw. können sehr gut in sachlichen Ausführungen in der Metallarbeiter-Zeitung von zwei Seiten behandelt werden. Solche Artikel müssen dann mit Namen gezeichnet sein. Bei etwas gegenseitiger Rücksichtnahme wird bei einem Wochenblatt wie die Metallarbeiter-Zeitung die Preschkommission noch nicht einmal allzuoft über Streitfragen zwischen den Redakteuren zu entscheiden haben.

#### Gemeinsame Arbeit

muss zum Ziele führen. Dabei glaube ich mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß unter der Opposition auch genügend Kollegen vorhanden sind, die sich sozialer Weltanschauung und Liebe zur Einheit des Verbandes bewahrt haben, daß sie nicht glauben, lediglich aus Prinzip oder um seiner politischen Überzeugung zu fröhnen, müßten Anträge angenommen werden, die ein Zusammenarbeiten nicht mehr zulassen. In dieser Richtung scheint mir, als könnten wir von den französischen Sozialisten etwas lernen; denn ihnen steht die Einheit höher als scharfe Resolutionen. Sollte die Opposition auf dem Verbandstage die Mehrheit haben und von gemeinsamer Arbeit nichts wissen wollen, so muß sie berücksichtigen, daß auch dann, wenn sie allein regiert, nach dem bisherigen Gesehen regiert werden muß, denn unser Statut kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden. Sie muß weiter in Rechnung stellen, daß die Mehrheit auf dem Verbandstage noch lange keine Mehrheit in der Mitgliedschaft darstellt, denn im allgemeinen nehmen an den Delegiertenwahlen im Gesamtverband nur 10 bis 15 v. H. der Mitglieder teil. Bei der Wichtigkeit jeder Opposition und ganz besonders der heutigen ist aber mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß die Richtwähler zum überwiegenden Teil von der Opposition nicht wissen wollen. Dieser Teil der Mitgliedschaft würde noch wesentlich gestärkt und auch aus seiner Interesslosigkeit ausgerüttelt durch eine Ablehnung gemeinsamer Arbeit. Umgekehrt würde auch genau so die Opposition gestärkt durch eine Ablehnung der Gemeinschaftsarbeit durch die heutige Verbandsführung. Es muß ferner für den Fall, daß durch das Vorgehen unserer Freunde von links eine solche Kompromisspolitik nicht möglich sein sollte, erwartet werden, daß alle Delegierten, die sich nicht zur Opposition rechnen, genau so in Sonderkonferenzen zusammenzutreten, um ein geschlossenes Vorgehen zu vereinbaren, wie dieses die Opposition schon seit 1917 in Köln getan hat. In

der Statutenberatungskommission, die ja schon mehrere Tage vor dem Verbandstage mit ihrer Arbeit beginnt, wird sich zeigen, ob die Kollegen der Linken nach dem Grundsatze handeln: Alles oder nichts — und damit der Verband in seinen Grundfesten erschüttern, oder ob sie Kollegen sind, die friedlich unter Wahrung ihrer grundsätzlichen Ansichten gemeinsam als Verbandskollegen mitarbeiten wollen.

#### Die Geschichte ist der beste Lehrmeister.

Für jeden, der die Dinge objektiv betrachtet, wird es klar sein, daß die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie der Arbeiterschaft große Nachteile gebracht hat und auch noch täglich bringt. Diese Spaltung ist schuld daran, daß die Reaktion in Deutschland wieder zu Atem kommt und unzählige sozialistisch denkende Arbeiter zum Zweifler an den Ideen des Sozialismus geworden sind. Der Kampf der Meinungen wird täglich in Hunderten von Versammlungen und Zeitungen geführt, die beste Kraft wird darauf verwandt, sich gegenseitig herunterzureißen. Völlig die eine Richtung ihre Argumente weit links her, so holt die andere sie desto weiter rechts her. Der lauchende Dritte ist der, um den sich der ganze Streit dreht. Dieses alles würde in der Gewerkschaftsbewegung noch viel krasser in Erscheinung treten. Die Unternehmer würden leicht ihre alte Machtposition wieder erlangen und die Arbeiterschaft würde in der kürzesten Zeit ihre Aktionsfähigkeit vollständig eingebüßt haben. Augenblicklich machen sich

#### syndikalistische Bestrebungen

in der deutschen Arbeiterbewegung wieder sehr stark bemerkbar. Man schreit nach Lokalorganisationen, aufgebaut auf den Betriebsräten und nach dem Mittelweg der direkten Aktion. Jeder, der mit offenen Augen durch die Welt gegangen ist, wird mir recht geben, daß die direkten Aktionen, etwas oft angewandt, uns sehr leicht wieder die selben großsicheren können.

Betrachtet man alle diese Strömungen und Wirren in der deutschen Arbeiterbewegung als eine vorübergehende Erscheinung, so muß man um so fester zu der Anschauung kommen, daß in der Gewerkschaften alle Meinungsrichtungen zusammenbleiben müssen. In Mitglieder-versammlungen, auf den Konferenzen und Verbandstagen soll man sich über den Weg, wie man den Kapitalismus bekämpfen und befeitigen kann, auseinandersetzen und man wird viel eher und sicherer den richtigen Weg finden, als wenn jede Richtung für sich verfuhr, den richtigen Weg zu finden.

Würde sich bei der Tagung der Statutenberatungskommission ergeben, daß für meine Auffassung eine Mehrheit auf dem Verbandstage vorhanden wäre, so müßten die Arbeiten des Verbandstages sofort unter diesem Gesichtspunkte begonnen werden. Andernfalls sehe ich es kommen, daß wir uns mindestens einen Tag über Wahlproteste und die Gültigkeit der Mandate streiten, daß beim Vorstandsbericht die Zeit vergeudet wird mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften, den Fehlern der Generalkommission, und das alles nur, um nachher sagen zu können, mit wenigen Stimmen Mehrheit hat der Verbandstag 1919 die Vergangenheit gut oder schlecht geheißt. Warum dieser Streit, wodurch man sich mehr entzweit als verfährt? Warum nicht die Zeit viel besser ausgenutzt, indem man sich rein sachlich über die Zukunftsfragen, Arbeitsgemeinschaft und Räteaufbau auseinandersetzt? Dabei wäre zu erwägen, ob man nicht nachträglich auf die Tagesordnung ein Referat des Arbeitsministers Kollegen Schilde über das Rätegesetz der deutschen Regierung setzen will. Kollege Richard Müller wäre dazu der geeignete Korreferent.

So würde ich die Arbeiten des Verbandstages in der gegenwärtigen Zeit für die glücklichsten und die besten für die gesamte Metallarbeiterschaft halten. Klar und offen können die Redner beider Gruppen aussprechen, was ist. Aber ihr Ton muß ein solcher sein, daß es möglich ist, Beschlüsse zu fassen, die die Einheit der Organisation gewährleisten und es jedem möglich machen, im Deutschen Metallarbeiter-Verbande mitzuarbeiten. Lichtige Arbeitskämpfe haben wir viel zu wenig. Dabei werden uns vorläufig die Betriebsräte noch manchen brauchbaren Kollegen vorenthalten. Viele glauben heute noch, es wäre auf dem Bureau des Betriebsrates besser als auf dem Gewerkschaftsbureau. Aber nicht lange mehr und auch dort wird man hören: „Ihr habt die Führung mit den Rassen verloren, ihr vertrittet mehr die Interessen der Unternehmer als die der Arbeiter, ihr seid als Rätebonges nicht besser als die Gewerkschaftsbonges.“ — Heute Hosianna und morgen Kreuzige ihn! Kollegen, gibt das nicht zu denken? Wird nicht aus manchem Saulus ein Paulus? Nicht radikale Worte und Phrasen werden uns helfen, sondern nur klare, ruhige Verstandespolitik, die in ihren Taten viel radikaler wirkt als das Wortkraftmeierium.

### Die Eiserne Internationale

#### Was heißt es um sie?

In einem Rundschreiben schlägt der Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, Kollege Schilde, den angeschlossenen Verbänden vor, einen gemeinschaftlichen Kongress im April 1920 abzuhalten. Das wäre in 7 Monaten, anderthalb Jahre nach dem Waffenstillstand! Der Vorwurf der Ueberrettung wird diesmal bestimmt nicht erhoben werden können. Seit der Waffenstillstand erklärt hat sich die politische Internationale schon zweimal versammelt, die gewerkschaftliche ist ein paarmal bekannt geworden, haben mehrere Berufe schon ihre internationalen Tagungen gehabt oder werden sie in den nächsten Wochen haben — aber die Metallarbeiterschaft, die das Rückgrat des Wirtschaftens bildet, der die schwersten Aufgaben, den Krieg und Revolution gestellt, zum Lösen zu haben, die aus noch anderen Gründen am allerersten die Fäden von Land zu Land hätte schürzen müssen, diese Arbeiterschaft konnte international nicht zusammenkommen. Und soll es auch die nächsten Jahre Monate noch nicht können.

Warum soll sie vor April 1920 nicht zusammenkommen können? Nun, weil die Satzung vorschreibt, daß zwischen Ausschreibung und Zusammentritt der Tagung sechs Monate liegen müssen. Die Beobachtung der Satzung in Ehren, doch will es einen schier bedünken, daß in diesem Falle die Wahrung vor dem Buchstaben zu weit getrieben wird. Als diese Bestimmung getroffen wurde, hat sicherlich kein Mensch an solche außerordentliche Zustände wie heute gedacht. Außerordentliche Umstände gestatten außerordentliche Mittel, nein, heißen sie geradezu. Es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß, wenn der Bundessekretär in seinem Rundschreiben erklärt hätte: Die harte Notwendigkeit bestimmt mich, über den § 13 der Satzung hinweg die Einberufung des Kongresses auf November (oder Dezember) 1919 vorzuschlagen, daß sich die Mehrheit der Landesverbände nicht dagegen ausgesprochen, sondern es begrüßt hätten. Noch ist vielleicht nicht viel verloren. Die Landesverbände können, nein sollen ihrerseits vorschlagen, den Kongress auf einen früheren Tag einzuberufen.

Im seinem Rundschreiben läßt der Sekretär durchblicken, daß sein Aufruf vom Februar dieses Jahres ein schwaches Echo gefunden habe. Bedauerlich. Glücklicherweise hat sich seitdem vieles zum Besseren gewandelt. Untern 11. August läßt sich die Wiener Arbeiterzeitung aus Wien melden, der italienische Metallarbeiter-Verband fordere in einem Aufruf den Zusammentritt des internationalen Kongresses in einer sehr kurzen Frist. In der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung vom 30. August ist zu lesen, daß die zu ihrem Verbandstage gekommenen brüderlichen Vertreter ausländischer Organisationen, darunter Solari von Brüssel, die baldige „Erneuerung der Internationale“ beschlossen hätten. Und in der Arbeiterpresse aller Länder, einschließlich der amerikanischen, sind Zeichen in steigender Zahl zu finden, die klarlich beweisen, daß der internationale Gedanke heute noch mächtiger als vor der großen Wutur der Menschheit zu gemeinschaftlicher Tat drängt. Damit haben schon eine Reihe Arbeitergruppen durch Erneuerung ihrer Weltgemeinschaft begonnen. Aber bei den Metallarbeitern scheint zwischen Neigung und Tat ein verzweifelt langer Schritt zu sein. Die schleunige Wiederherstellung der internationalen Organisation der beschriebenen Berufsgruppen ist heute noch wichtiger denn ehedem. Unter andern aus folgendem Grunde:

Auf den Tagungen der politischen und der gewerkschaftlichen Internationale zu Bern, Amsterdam und Luzern ist verteuert wenig Geide auf die proletarische Spule gekommen, noch ist die Möglichkeit zu sehen, daß es hierin in absehbarer Zeit besser wird. Viel Mitleid, wenig Tatwillen. Zu Amsterdam wurde der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Gemeinschaft übers Wasser, in die Hände der Comper und Appleton geschoben, die erst noch zu beweisen haben, wie ernst sie es mit der Herzenssache des sozialistischen Proletariats meinen. Die Verlegung der ersten Internationale übers Wasser weckt dumpe Ahnungen. Die politische Gemeinschaft ist, wie Bern und Luzern darthun, schon wieder ganz dem früheren Resolutionsfimmel verfallen, hat wiederum trauze Entschlüsseungen, allesamt mehr lang als schön, tagelang berebet und beschlossen, ohne daß auch nur angebeutet worden wäre, wie ihre Durchführung gedacht oder gemacht werden soll. Kurz, wie ehedem so auch heute wieder viel Arbeit für die Staubliste. Mit Entschlüssen ohne die Mittel, ohne die Möglichkeit, womöglich gar ohne den Willen, sie durchzuführen, ist aber der Arbeiterschaft nicht im geringsten gebietet.

Nun mag man sich hier oder dort in der Hoffnung wiegen, daß der allgemeine internationale Kongress, der im Februar in Genf tagen soll und der vielleicht mehr wirkliche Arbeiter bringt, zur Suche nach Mitteln der Durchführung vom billigen Wort zur erfüllenden Tat kommen werde. Allein diese Hoffnung wird von dem Gedanken an den auch in Genf wieder herrschenden Personalstreit vernichtet. Für diesen war bislang die Internationale mehr eine prächtige Gelegenheit zum Reden als zum Handeln und nichts spricht dafür, daß es nächstens besser wird. Die Kammergenossen haben ja schon laut verkündet, in Genf solle nun erst einmal gründlich die Kriegsschuldfrage erörtert werden. Ein Stoff wie gemacht für die Betätigung von Theoretikern, Buchstabenreißern, überzügigen Rednern, reklamebedürftigen Politikern, Ministerkandidaten oder Renommisten des Kapitalismus. Eine günstige Gelegenheit, die Zeit zu vertrödeln, durch Erörterung des Glanzes der Vergangenheit das Glend der Gegenwart vergessen zu machen. Die Klarstellung der Kriegsschuld ist gewiß eine überaus wünschenswerte Sache, indes will es einem scheinen, daß Leute, die selbst von ihr beschattet sind, dazu nicht die richtige Eignung haben; zum andern steht zu befürchten, daß, ehe diese Frage klargestellt, das heutige Arbeitergeschlecht längst die letzte Seilfahrt vollendet hat.

Das Dilemma der proletarischen Internationale ist, in einfacher Formel gepreßt, etwa so: Die Proletarier wissen und fühlen, daß es ohne innige Zusammenarbeit für sie kein Heil gibt. Die einen wissen, daß sie sich mit den Klassengeossen jenseits der Grenzen zusammenfinden müssen, um die bei ihnen schon im Gange befindliche soziale Revolution weiterzutragen, ohne die ihr Schicksal bedingt wäre. Die anderen wissen, daß sie ohne enge Verbindung mit den Klassengeossen der anderen Länder den Kampf gegen ihre durch Krieg und Sieg mächtig verstärkte Reaktion mit einiger Erfolgswahrscheinlichkeit nicht wagen können. Der französische Kapitalismus hat seine Sucht nach Nevada und Heute befriedigt, der angelsächsische Kapitalismus hat seinen Schwarm an Handelsvorreibern und Weltmachtstellung dafür; die Staatsmänner haben ihre Vorbezüge, die Generäle ihre Orden und

Diese Meldung der Wiener Arbeiter-Zeitung lautet nach dem Österreichischen Metallarbeiter (Nr. 33 vom 16. August 1919): „Bern, 11. August. Der Verband der italienischen Metallarbeiter erstigt einen Aufruf zu einem internationalen Metallarbeiterkongress, der schon am 18. August in Mailand zusammentreten soll. In dem Aufruf heißt es, der Kongress solle unmittelbar bevor. Der Verband schlägt die streikenden Metallarbeiter in Italien auf 30000 und erklärt, die Bewegung sei im „Wohler.“ — Weiter hat man bisher von diesen italienischen Unternehmern nichts mehr gehört. Die Schriftleitung.

Pensionen, Wilson seinen Völkerverbund — das Proletariat aber hat ein entsetzliches Misere, aus dem heraus es sich nur durch internationale Zusammenschluß und gemeinsame Arbeit heffen kann. Das Streben nach diesem Zusammenschluß wird aber — bewußt oder unbewußt — eher gehemmt als gefördert von einem Führerkreis, der viel redet, aber wenig handelt, der viel Zeit hat, nicht die treibende Not des Proletariats fühlt, der die Mittel der Verständigung, die Presse, die Gelegenheiten der Vorbereitung, die Kongresse beherrscht und nach seinem Gutdünken ausnützt. Neben diesem Genossin, dem Führerkreis, steht sich der proletarische Drang nach internationaler Tat behindert durch organisatorische Unzulänglichkeiten und durch ein gewisses Mißtrauen in die internationale Lauterkeit der Genossen der anderen Seite.

Diese Unzulänglichkeiten und Mißlichkeiten lassen sich am besten durch persönliche Verührung der wirklichen Arbeiter selbst bessern. Das vorzüglichste Mittel hierfür sind die internationalen Konferenzen der Berufe, denn bei ihnen ist das Verjährungsproblem gar nicht, sondern nur die Vertreten, die am Zustandekommen der internationalen Gemeinschaft das brennendste Interesse haben, die Arbeiter nämlich. Wie die Dinge nun einmal liegen, ist von den zwischenstaatlichen Zusammenkünften, das ist von dem unmittelbaren Meinungsaustausch der wirklichen Arbeiter, viel mehr für die internationale Aktion zu erwarten als von den großen internationalen Paraden mit ihren Schöndarstellungen und bandwurmartigen Entschuldigungen. Aus diesem Grunde ist es zu beklagen, daß es den verschiedenen Berufen nicht schneller oder nicht allgemeiner gelungen ist, internationale Zusammenkünfte zustande zu bringen. Aus diesem Grunde ist nach baldigster Zusammenberufung der Eisen- und Schmiedearbeiter zu trachten.

Ja freilich, mit der bloßen Zusammenberufung ist es, man braucht das nicht besonders zu sagen, noch nicht getan. Sie ist nur das Mittel zur Reorganisation der internationalen Organisation, deren Sekretariate und ihrer Betätigungsmittel. Gleich mit der Verbesserung der Organisation hat die Vertiefung des Geistes einzusetzen, kurz müssen die blutigen Lehren des Krieges in allem Ernst beherzigt werden. Doch darüber wird später noch deutlich gesprochen werden müssen.

Die Nachlässigkeit, den ungenügenden Ernst, den unzulänglichen Eifer in ihrer internationalen Sache haben die Arbeiter allüberall mit ihrem Gut und Leben gebüßt und müssen noch heute dafür. Sie alle haben das tausendmal bereit und bereuen es noch heute. Gegen die Wiederholung ihrer blutigen Erfahrung gibt es kein anderes Mittel als eine geistig einheitliche, zu Taten bereite internationale Organisation. Zu deren Schaffung bedarf es für uns des internationalen Metallarbeiter-Kongresses. Er kann nicht früh genug stattfinden. Wäre es gegliedert, schon in der Zeit zwischen Waffenstillstandsbeschluß und Friedensvertrag die wirklichen Arbeiter zusammenzubringen, eine Reihe wichtiger Fragen hätte zu ihrem Vorteil geregelt werden können. Zudem hat es keinen Zweck, über das nicht möglich Gemeine zu arincien. Wohl aber sind wir verpflichtet, mit aller Kraft danach zu trachten, daß nun endlich die Eisernen Internationale wieder Leben und mehr Laftkraft erhält, damit sie den Metallarbeitern Schatten gebe im Schweiß ihrer schmerzlichen, vielgestaltigen Arbeit.

Fritz Kummer.

### Die Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

In Berliner Blättern wurde der jetzigen Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin nachgesagt, daß, seit sie am Abend sei, die Streikgerüchte in der Metallindustrie nicht aufhörten, daß sie aus politischen Gründen zum Streik bezog. Zur Widerlegung dieser Vorwürfe schreibt uns Kollege Rusch:

Die ersten Bestrebungen über die jetzige Lohnbewegung fanden im Hauptauschuß der Metallindustrie im Mai d. J. statt. Die Unternehmer sicherten uns zu, daß unter Erhöhung der Lohnsätze im Umbau des bestehenden Kollektivvertrages vorgenommen werden sollte. Dieser Umbau scheiterte an der Animosität der Berliner Metallarbeiter gegen das Kollektivabkommen. Diese Animosität hatte ihre Ursache in der geradwegs fabelhaften Auslegung, die die Metallindustriellen dem Abkommen gaben und die unsere Kollegen dauernd nährte, die Forderung des Kollektivabkommens vor dem Schlichtungsausschuß durchzusetzen. Hunderte von Streikfällen wurden täglich vor dem Schlichtungsausschuß ausgetragen. Eine am 24. Juni 1919 tagende Sitzung der Berliner Ortsverwaltung stellte die in der Presse schon mehrfach bekanntgegebenen Lohnforderungen auf, die von der Generalversammlung am 7. Juli angenommen wurden. Mit Rücksicht auf die gestellten Lohnforderungen, die zentral mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen verhandelt werden sollten, wurden vom Deutschen Metallarbeiter-Verband alle Einzelbewegungen unterlassen. Beide für beide Seiten Verhandlungen über die gestellten Lohnforderungen statt. Eine Verständigung wurde nicht erzielt. Lohngruppen, die schon monatelang für sich als Gruppe Forderungen gestellt hatten und auf Verhandlungen drängten, wurden vertagt, bis der Schlichter Mitte Juli d. J. anbrach. Der Streik selbst wurde durch Schlichterspruch beigelegt und unsere Kollegen veranlaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Inzwischen wurde uns bei diesen Verhandlungen schon klar, daß der Verband Berliner Metallindustrieller unter allen Umständen die ihm verhasste Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, durch Kampf beiseite zu werfen wollte. Diese Meinung hatten alle Verhandlungsteilnehmer, ohne Unterschied der Parteirichtung, und sprachen sie auch aus. Wie recht diese Verhandlungsteilnehmer hatten, sollten die Berliner Metallarbeiter hier darauf erfahren. Als sich die Berliner Metallarbeiter am Sonntag den 21. Juli 1919 an dem internationalen, sich gegen den Imperialismus und Kapitalismus wendenden Generalkongress beteiligten, wurde diese Gelegenheit von dem Sekretär des Eisen-Kongresses benutzt, um einen heftigen Überfall auf die Berliner Metallarbeiter zu unternehmen. In provokatorischer Weise wurden Plakate angeheftet, in der bestimmten Erwartung, daß diese von der Arbeiterchaft entfernt werden. Man wollte so die Möglichkeit einer Abregulierung der Vertrauensleute schaffen. Gatten die Obermeister dieser Plakate doch Anweisung gegeben, zu beobachten und zu melden, wer diese Plakate entferne. Diese Aufgabe wurde von dem Schlichtungsausschuß empfangen und unbedenklich erfüllt. Tatsächlich wurden sämtliche Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gemeldet und es behauptet langweiliger Besessenen, daß der Ausschuss von Juli 30000 Arbeitern und Arbeiterinnen, um diesen Schlag des Kapitals gegen die Organisation der Arbeiter abzuwehren.

Trotz aller dieser Provokationen setzten sich die Berliner Metallarbeiter wieder mit dem Metallindustriellen an den Verhandlungstisch in der bestimmten Erwartung, auf friedlichem Wege die berechtigten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Wäre es der Berliner Metallarbeiter um einen politischen Streik zu tun gewesen, so hätten sie den ihnen hungernden Familienangehörigen aus vorstehenden Klaffen aufpassen können. Aber auch die weiteren, sich bis in den August hinziehenden Verhandlungen scheiterten. Die Berliner Metallarbeiter riefen den Reichsarbeitsminister an, damit der Schlichter in der Metallindustrie gewahrt bleibe. Ein vom Reichsarbeitsminister eingesetzter Schlichter Ausschuss sollte am 21. August 1919 einen Schlichterspruch, dem die Arbeiter zustimmen. Der Spruch befreite die früher vorhandenen 27 verschiedenen Arten der Entlohnung und trat 5 Lohnklassen fest. Das Gesamtgehalt der Lohngruppen in diese Lohnklassen sollte wieder auf dem Verhandlungstisch erörtern. Aber auch hier wieder keine Einigung und ein erneuter Vorstoß der Metallindustriellen, ein erneutes Einsetzen eines Schlichter Ausschusses. Dieser Schlichter Ausschuss sollte am 21. August 1919 einen Schlichterspruch, dem die Arbeiter zustimmen.

ber Berliner Metallarbeiter ihre Grenzen fand. Die zustande gekommenen Zeilprüche lassen zum Teil den Spruch vom 21. August 1919 außer Acht. Die durch diesen Spruch geschaffenen Sicherungen sind durch die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 8. September 1919 beseitigt. Wie auf der Unternehmenseite das „ehrliche Bestreben“ vorhanden ist, die bestehenden Löhne nicht herabzusetzen, wie der Spruch vom 21. August 1919: „ein Abbau der Löhne soll nicht vorgenommen werden“, von den Unternehmern innegehalten wird, zeigt folgendes Rundschreiben der Firma Windhoff in Schöneberg an ihre Meister:

„Rundschreiben an die Meister!  
Ich habe beobachtet, daß die Festsetzung der Akkorde von einzelnen Meistern sehr sorgfältig vorgenommen wird und daß die Meister sich verschiedenlich Akkorde von den Leuten vorzeichnen lassen.

Meister, welche nicht in der Lage sind, ihren Leuten die Akkorde vorzuschreiben und energisch durchzuführen, sind für ihren Posten unbrauchbar. Überhaupt habe ich das Empfinden, als ob einige Meister mehr Heißel vor den Leuten hätten, als umgekehrt.

Besonders aufmerksam mache ich noch auf folgende Bestimmungen:

1. Die Meister haben vor Inangriffnahme einer Akkordarbeit dem betreffenden Arbeiter den Akkordzettel mit dem festgesetzten Akkordpreis auszuhandigen.
2. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn nicht mehr garantiert, sondern es erhält jeder nur den wirklich verdienten Akkord.
3. Die Akkorde werden durchweg viel zu hoch angesetzt, es ist auf eine allmähliche Herabsetzung bei neuen Akkorden zu achten, da im Akkord durchschnittlich nur 15 Prozent mehr als der Stundenlohn verdient werden soll.
4. Wird ein ständiger Akkordarbeiter vorübergehend im Lohn beschäftigt, so ist ihm ein Stundenlohn in Höhe des Durchschnittsakkordes abzüglich 15 Prozent zu berechnen. Bei Arbeitern, die abwechselnd im Lohn und im Akkord beschäftigt werden, ist für Lohnarbeit nur der festgesetzte Stundenlohn zu berechnen.

Sollten die Meister über irgend welche Fragen nicht im klaren sein, so sollen sie sich an mich wenden. Ich erwarte von den Meistern ein starkes Selbstbewußtsein ihres Postens als Meister und eine volle selbständige Ausführung ihrer Stellung.

den 21. August 1919.

Windhoff, Schöneberg, Vernigowstr. 20/22.

Das Vorstehende beweist, wie recht wir in unserem Briefe an den Schlichtungsausschuß hatten, in dem wir behaupteten, wir kennen die Unternehmer und wissen, daß sie trotz des Schlichterspruchs die Löhne abbauen und preisdrückend wirken werden.

Und nun wird in der Presse behauptet, die Berliner Metallarbeiter sollten auch noch damit verheßt werden, daß die Generalversammlung einer Kommission besondere Vollmachten für die Durchführung der Forderungen gegeben hat. Es soll damit gesagt werden, daß nicht mehr die Mitglieder das Selbstbestimmungsrecht über den Kampf haben. Die Morgenpost sagte: „Selbst wenn die Arbeitgeber große Zugeständnisse machen, hängt also die Erklärung eines Generalkongresses nicht mehr von einem selbständigen Beschluß der Arbeiter selbst, sondern von dem Ermeßen der Oberleute und des erweiterten Vorstandes des Verbandes ab.“

Die Zukunft wird lehren, daß die Berliner Metallarbeiter nach wie vor selbst über den Streik abhingen werden. Sind die Verhandlungen auch abgebrochen, so haben die Berliner Metallarbeiter ihre Forderungen noch keineswegs ausgegeben. Betriebsweise werden die Berliner Metallarbeiter ihre Forderungen den Firmeneinhabern unterbreiten. Welche Betriebe dies tun werden, wird die in der Generalversammlung mit Vollmachten ausgestattete Fünfzehner-Kommission allerdings bestimmen. Die Abjuration über den Streik wird nach Anweisung dieser Kommission, jedoch gemäß den Statuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von den Mitgliedern in den Betrieben selbst vorgenommen werden.

Kein Mitglied der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes denkt also daran, an der Lohnbewegung der Metallarbeiter sein „politisches Süppchen“ zu lochen, wie der Vorwärts so schön sagt. Stellt sich allerdings das Reichsarbeitsministerium wie bisher auf die Seite des Kapitals, so sind die Folgen des Kampfes unübersehbar, die Konsequenzen nicht auszudenken. Will man es zum Äußersten kommen lassen? Es scheint so! Liebewoll erkundigt sich schon das Berliner Polizeipräsidium, ob die stattfindenden Betriebsversammlungen öffentliche seien. Will man den Berliner Metallarbeitern die Schutzgarben des Kapitals zur Bewachung in die Versammlungen schicken oder will man sie gar unmöglich machen? Man sollte mehr Einsicht von den sozialistischen Mitgliedern der Regierung erwarten, die doch bisher selbst glaubten, Arbeiterführer zu sein.

Allen Reaktionen zum Trotz, ungeachtet aller giftigen Auslassungen in der Presse werden die Berliner Metallarbeiter ihren wirtschaftlichen Kampf in aller Ruhe und Besonnenheit aufnehmen, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Oskar Rusch.

Nach dem Schlichterspruch vom 21. August (siehe Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung), der von beiden Parteien angenommen worden war, sollten in Verhandlungen beider Parteien bis zum 5. September die erwachsenen männlichen Arbeiter in die 5 Lohnklassen einteilt werden. In diesen Verhandlungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden, und es wurde deshalb derselbe Schlichtungsausschuß unter unparteiischen Vorsitz wieder erberufen, um die Einlassung vorzunehmen. Der Schlichtungsausschuß hat in 5 Tagen 19 Zeilprüche verkündet. Die Verhandlungen wurden darauf auf Antrag der Arbeitervertreter bis zum 13. September vertagt, weil sie für diese Sprüche nicht die Verantwortung tragen wollten. In der Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Arbeiterräte der Metallindustrie am 11. September wurde zu der neuen Lage Stellung genommen und folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung hält die vom Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schlichtersprüche für unannehmbar. Sie beantragt die von der Generalversammlung mit Vollmachten eingesetzte Fünfzehnerkommission, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Kollege Rusch führte zur Begründung dieser Stellungnahme u. a. an: Die durch den Spruch vom 21. August vorgesehene Entlohnung der besonders hoch qualifizierten Arbeiter über die vorgesehene Lohnklasse hinaus wird dadurch beseitigt, daß diese Arbeiter alle in die erste Lohnklasse gebracht werden und diejenigen Arbeiter, die der ersten Lohnklasse zugeordnet worden sind, wieder einfach in niedrigere Lohnklassen kommen. Metallarbeiter, Eisenarbeiter, Maschinenarbeiter werden zum größten Teil in die Lohnklasse 2 bis 4 gebracht, Arbeiter in Eisen- und Holzwerken werden in die fünfte Lohnklasse gebracht und verlieren einen erheblichen Teil ihres bisherigen Verdienstes. Metallarbeiter, die ständig unter der höchsten Staatswirkung stehen, werden in Klasse 4 und 5 gebracht. Selbständige Gehilfen mit großen massenhaften Fachkenntnissen werden in Klasse 3 eingereiht. Gürtler in Klasse 2 bis 4. Selbständige werden in alle fünf Klassen verschoben. Selbständige Schweißarbeiter für hohe Präzisionsarbeit kommen in Klasse 2 und 3. Das höchste Geld leitete sich der Schlichtungsausschuß bei der Festlegung der Löhne für Metallarbeiter. Diese Gruppe hat durchweg einen Verdienst von 3,50 bis 4,40 pro Stunde. Unter dieser Entlohnung sind in ganz Berlin keine Metallarbeiter zu finden. Der Schlichtungsausschuß setzt diese Gruppe in Klasse 1 bis 4, so daß für diese Gruppe höchstens ein Stundenlohn von 2,40 bis 3,40 bestehen würde. Schalten diese Sprüche Rechtsverbindlichkeit, so hätten wir einerseits eine gesetzlich festgelegte Lohnhöhe und auf der anderen Seite die Kontrolle in den Betrieben. Diese Sprüche bringen einen Abbau der bestehenden Löhne. Das ganze Schalten des Reichsarbeitsministeriums und das der Unternehmer beweisen, daß eine großzügige Herabsetzung der Löhne angeordnet wird. Dazu müßte man die ganze Bevölkerung des Reichs in Schlichter Schlichte betrachten, damit die alle sozialen Sicherungen aufgehoben werden, die von dem

ehemaligen bürgerlichen Demobilisierungskommissar Dr. Roeth zum Schutze der Arbeiter erlassen worden seien. Der Schlichterspruch bringt eine Herabsetzung der bestehenden Verdienste bis zu 50 Prozent. Das dürften sich die Kollegen nicht gefallen lassen. Der mit Vollmachten versehenen Fünfzehnerkommission müsse anheimgestellt werden die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat darauf dem Schlichtungsausschuß mitgeteilt, daß die beauftragten Vertrauensleute der Organisation sich an den weiteren Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß nicht mehr beteiligen könnten. Dieser Entschluß wurde ausführlich begründet. Die Gründe deckten sich in der Hauptsache mit den Ausführungen von Rusch in der Sitzung vom 11. September.

Der Reichsarbeitsminister Schlichte richtete aus Anlaß des Abbruchs der Schlichtungsverhandlungen ein Schreiben an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in dem er den Abbruch der Verhandlungen bedauert und die dafür angeführten Gründe als unrichtig erklärte. Kollege Rusch erwiderte dem Minister in einem längeren Schreiben, worin er alles aufrecht erhielt, was er am 11. September zu den Zeilprüchen ausgesprochen hatte. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Diploming. Goebel, antwortete im Vorwärts auf die gegen den Schlichtungsausschuß erhobenen Klagen. Er erklärte unter ausführlicher Darlegung der Aufgabe und der Entscheidungen des Schlichtungsausschusses, daß kein Grund vorliege, dem Ausschusse Mißtrauen entgegenzubringen und sich an den Verhandlungen nicht mehr zu beteiligen.

Am 17. September haben, soweit wir aus Mitteilungen der Freiheit erfahren, mehrere Zeilprüche eingeseht, worauf die Unternehmer zum Teil mit Ausperrungen antworteten.

Am 22. September tagte eine Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die von 3250 Fraktionären besucht war. Kollege Rusch berichtete über den Stand der Bewegung unter besonderer Berücksichtigung des Verlaufs der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Die gefällten Zeilprüchsprüche ließen klar erkennen, daß es die Unternehmenseigenen und auch der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte unparteiische Vorsitzende darauf abgesehen hatten, einen Abbau der bestehenden Löhne vorzunehmen. Durch Abbruch der Verhandlungen sei verhindert worden, daß die Zeilprüchsprüche vom Demobilisierungskommissar für rechtsverbindlich erklärt worden sind. Unsere Forderungen seien nunmehr den einzelnen Firmen mit einem 24stündigen Ultimatum eingereicht worden. Der größte Teil der Firmen habe die Forderungen abgelehnt, ein Teil wolle die geforderten Lohnsätze zahlen, weigere sich aber wegen der vom Berliner Metallindustriellen-Verband drohenden Konventionalstrafe eine Vereinbarung zu unterschreiben. Es stehen jetzt 5000 Kollegen im Streik, ausgeperrt sind 7000. Zur besseren Führung des Kampfes halte es die Fünfzehnerkommission für nötig, den Kampf auf eine breitere Basis zu stellen. Sie ermächtigte daher die Arbeiter aller Betriebe, die bei der Abstimmung für Eintritt in die Bewegung eine Dreiviertelmehrheit erhalten, dies durch ihren Bezirksobmann sofort der Fünfzehnerkommission anzumelden. Zu einer Verhandlung im Reichsarbeitsministerium haben wir uns grundsätzlich jederzeit bereit erklärt. — In der Aussprache wurde der Antrag gestellt, die Generalversammlung solle sofort den Streik über alle Groß-Berliner Metallbetriebe verhängen. Es wurde jedoch folgender, von Rusch, Müller gestellte Antrag angenommen:

„Die Generalversammlung billigt die von der Fünfzehnerkommission bisher getroffenen Maßnahmen. Sie bringt der Fünfzehnerkommission auch weiter volles Vertrauen entgegen und erwartet, daß schärfere Maßnahmen gegen die Unternehmer ergriffen werden. Die Führung des Kampfes erfordert stärkste Disziplin eines jeden Kollegen gegenüber den Maßnahmen der Fünfzehnerkommission, aber auch die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft.“

In Verfolg dieses Beschlusses machte die Fünfzehnerkommission bekannt, daß die Kollegen, die bei den Firmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind und sich am Lohnkampf beteiligen wollen, sich täglich in der Zeit von 10—12 Uhr im Bureau, Eilenstr. 83—85 melden sollen. Weiter werden die streikenden und ausgeperrten Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, sich binnen 7 Tagen bei den Krankenkassen als Selbstzahler zu melden, damit sie im Krankheitsfalle in den Genus der vollen Leistungen der Krankenkassen kommen. — Da die Unternehmer unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen auch die über 50 Prozent Kriegsbeschädigten ausperrten, werden die ausgeperrten Kriegsbeschädigten aufgefordert, ihre Rechte durch Beschwerde beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu wahren.

Nach den letzten bei Schluß des Blattes vorliegenden Nachrichten ist die Zahl der Streikenden auf ungefähr 18000, die der Ausgelperrten auf ungefähr 30000 erhöht.

### Wohin soll die Reise gehen?

Zu Nummer 38 der Metallarbeiter-Zeitung hat ein so belittelter Artikel Aufnahme gefunden, der wegen seiner falschen Schlussfolgerung nicht unbesprochen bleiben kann. Der Einsender fr. gibt eine Sitzung des Schlichtungsausschusses Stuttgart wieder, in welcher die vom Arbeiterausschuß der Daimlerwerke Sinsheim beantragte Bezahlung der Unkosten an die Zeilnehmer der Reichsautomobilkonferenz zur Verhandlung stand.

Echon vor dem Kriege sind derartige Konferenzen für einzelne Industriezweige von den Gewerkschaften einberufen worden, um in allen Arbeiter-, Berufs-, besonders Lohnfragen für das ganze Reich einheitliches Vorgehen festzulegen. Erfahrungen auszutauschen u. a. m. Es sollte für einen Gewerkschafter gar keine Frage sein, daß derartige Konferenzen in der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung eine ausgeprochene Notwendigkeit sind, zumal jetzt, wo die Umstellung von der Kriegs- in die Friedensindustrie in allen Zweigen des Wirtschaftslebens in die Wege geleitet werden soll. Ich sage ausdrücklich, weil die Unternehmung die Umstellung nicht mit der erforderlichen Initiative in die Hand nehmen, wie es unsere daniederliegende Volkswirtschaft erfordert, im Gegenteil — wo es nur möglich ist — Sabotage üben, wie jeder zu sehen Gelegenheit hat, der im Wirtschaftsforer steht. Die Arbeiter und deren Organe würden sehr wohl in der Lage sein, durch einen ganzen Industriezweig umfassende Bestrebungen nachzuweisen, wenn sie ihre Erfahrungen, Klämpfe und Widerstände gegeneinander austauschen.

Wiederum ist es für jeden organisierten Arbeiter keine Frage, daß derartige Reichskonferenzen von den Gewerkschaften, nach Zustimmung mit den Arbeitern der betreffenden Industrien einberufen, geleitet werden sollten. Hier würden die Organisationen ein Arbeitsfeld vorfinden, das heute noch gänzlich unbedaut liegt und das für unser Wirtschaftsleben und für die Arbeiterklasse reiche Ernten einbringen würde.

Eine gegenteilige Auffassung scheint der Artikelschreiber fr. einzunehmen. Er überhebt all die oben kurz wiedergegebenen Momente und führt sein verrospertes Schwert gegen den Arbeiterausschuß der Daimler-Platozen-Gesellschaft Sinsheim, der ihm ein besonderer Dorn im Auge zu sein scheint. Wie liegen denn die Dinge? Nachdem sich der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Einberufung von Reichskonferenzen ablehnend gegenüber verhielt, wurde der Arbeiterrat der Daimler-Platozen-Werke Bremen von verschiedenen Automobilfabriken aufgefordert, die Reichskonferenz für diesen Industriezweig nach Frankfurt einzuberufen. Der Arbeiterausschuß der S. M. G. Sinsheimen beschied diese Konferenz und forderte von der Reichsleitung, daß sie auf Grund der ergangenen Reichsverordnung für Arbeiter- und Angehörigenausschüsse den Lohnausfall und die Unkosten für die beiden Teilnehmer übernehme, weil die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter durch den Ausschuß den Besuch der Konferenz erfordere. Die Firma lebte das als zu weitgehend ab. Der Schlichtungsausschuß ebenfalls, worüber der Artikelschreiber eine königliche Freude hat. Kommentar überflüssig. Was haben nun diese Tatsachen mit den Schlussfolgerungen von fr. zu tun? Ist es so, daß wir direkt in das Lager der Stellen

regeln" durch unser Vorgehen? Den Ruhm, eine solche Entdeckung gemacht zu haben, überlassen wir ruhig solchen Kollegen, die sich auf Ausfahrungen eines feudalen Freiherrn berufen, der zum größten Erschaumen der Werksangehörigen, Arbeiter wie Angestellten der D. M. G. Siedelungen, für die Gewerkschaften eine ganze zu brechen versucht. Noch kurz vor der Umwälzung nahm Freiherr v. Thüna zwar eine andere Haltung gegenüber den Gewerkschaften ein. Damals vertrat er mit aller Entschiedenheit den Standpunkt: "Stein Gewerkschaftsführer darf den Grund und Boden der D. M. G. S. bekreuzen." Jetzt sucht er Deckung und Hilfe vor der revolutionären Arbeiterbewegung bei der früher so verpönten Gewerkschaft und weist dieses Tätigkeitsgebiet zu.

Wir freuen uns ja eines jeden Säubers, der Ruhe tut, müssen es jedoch entschieden ablehnen, daß Arbeitern, die in ihrem revolutionären Willen und Handeln weitergehende Ziele vor Augen haben, als ihnen die heutige Tat der Gewerkschaften weist, Werbereinstimmtheit angebotet wird. Eine derartige Entdeckung muß ich mit den Worten Fr. S. als "kompletten Unsinn" bezeichnen. Wie er, so bin auch ich der Auffassung: "Die Arbeiterausführung, Vertrauensleute oder Betriebsräte werden nur im engsten Zusammenwirken mit der Organisation ihrer Aufgaben erfüllen können." Um so durchfassender und schneller wird das zum Wohle der Arbeiterbewegung geschehen, je mehr und näher sich die Gewerkschaftsführer in ihrem Handeln in die Gedanken- und Gefühlswelt der Arbeiterklasse hineinverleihen. Das geschieht aber nicht, indem man anders benachteiligten Kollegen "den Stuhl vor die Tür setzt", sondern im steten Weiterstreben der wirtschaftlichen Revolution. Eine Aufgabe, die sich die Reichskonferenz der Automobilfabriken in Frankfurt als Ziel setzte und die die Arbeiter in dieser Industrie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen bestrebt sind.

Erich Melcher (Siedelungen).

**Wie gearbeitet wird**

Das Organ der Mannheimer U. S. P. brachte am 22. Aug. 1919 in Nr. 142 einen Artikel mit der Überschrift: "Sollen die Gewerkschaften ein Zummelplatz für die abhängige Sozialdemokratie werden?" Der Artikel war aus der Feder des Angestellten B. der Ortsverwaltung Mannheim des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und enthielt eine Menge von Verdrehungen, die aber allem Anschein nach auch nur den Zweck verfolgten, die Angestellten der Gewerkschaften, die auf dem Boden der U. S. P. stehen, herunterzumachen und ohne daß der Verfasser es schließlich wollte, die Gewerkschaftsarbeit zu diskreditieren. Zum Schluß war dann angeführt, daß in Stuttgart der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit dem Verband Württembergischer Metallindustrieller ein Abkommen getroffen habe, "daß in verschiedenen Betrieben" angehängelt wurde, "wonach Arbeiter eines Betriebes einen oder einige Tage ausgesperrt werden, wenn sie ohne vorherige Verständigung mit der Betriebsleitung während der Arbeitszeit Versammlungen abhalten oder durch sofortiges Nebenlegen der Arbeit den Betrieb zum Stillstand bringen". Es war dann die Frage aufgeworfen, "ob solche Herren unter Führung des Bezirksleiters noch Arbeitervertreter sind". Ganz zufällig erfuhr die Betriebsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von dem Inhalt des Artikels der Tribune und wunderte sich natürlich sehr über die "gefälschte Vereinbarung mit den Industriellen". An der ganzen Sache ist kein wahres Wort. Die Tribune brachte nun auch die entsprechende Nichtigkeitsklärung in Nr. 143 vom 16. September. Sie knüpfte daran noch die von ihrem Standpunkt vollkommen richtige Bemerkung, daß sie nach ihrer Auffassung keinen Vorwurf verdienen, sondern Dank, daß sie dazu beigetragen habe, die Sache zu klären und daß ihrer Ansicht nach in Stuttgart von einem harmonischen Zusammenarbeiten zwischen Arbeiterbewegung und Betriebsleitung keine Rede sein könne.

Zu letzterem möchten wir bemerken, daß sich die Tribune in ihrem Bericht befindet. Abgesehen von einigen wenigen Zeilen, die ausschließlich jederorts und jederzeit an allem und jedem glauben Kritik über zu lassen, kann ruhig behauptet werden, daß zurzeit ohne Rücksicht auf die politischen Meinungen der Mitglieder gerade in Stuttgart zwischen allen Teilen gewerkschaftlicher Art in D. M. U. in sachlicher und ruhigster Art gearbeitet wird. Ein Vorwurf gegen die Tribune wurde überhaupt nicht erhoben, und wir erlauben ganz gerne an, daß ihre Veröffentlichung uns sehr angenehm war, denn sie doch dazu, das "Arbeiten" gewisser Personen einmals in richtige Licht zu stellen. Und dann wird die Tribune wohl mit uns der Überzeugung sein, daß unter erwiesener Gewerkschaftsarbeit etwas anderes zu verstehen ist als solche Arbeit, die die ihr nachstehenden Personen in dem Artikel belächelt haben.

Zweit wollen wir feststellen, daß nur in einem einzigen Betrieb ein solcher Anschlag erfolgte, und zwar im Daimlerwerk in Siedelungen. In keinem anderen Werk in ganz Württemberg — auch nicht im Hauptwerk der D. M. G. in Unterrißheim — erfolgte ein solcher Anschlag, der "von einer Vereinbarung zwischen den Verbänden" spricht. Der Anschlag erfolgte in Siedelungen schon am 26. Mai d. J. Das Nachschlagende wäre nun nach allgemeinem anzunehmendem gefunden Menschenverstand doch wohl gewesen, daß die — sonst gar nicht so schüchternen — Arbeiterausführungsglieder vom Werk Siedelungen sofort bei ihrer Verbandsinstanz angefragt hätten, wie sie dazu kommen, einer solchen Vereinbarung die Zustimmung zu geben und daß, wenn sie dies getan hat, sie zur Verantwortung gezogen werden muß. Das geschah aber nicht. Keinem Kollegen der D. M. G. in Siedelungen fiel es ein, auch nur mit einer Silbe irgend einer Verbindungsinstanz gegenüber den Anschlag zu erwähnen, wohl aber gab man den Wortlaut des Anschlages dem Geschäftsführer B. von Mannheim bekannt, als er einmal in Stuttgart war. Dieser Kollege hätte nun wiederum doch bei einigermaßen ruhiger Überlegung sich sagen müssen: Da muß ich doch erst fragen, ob die Betriebsleitung wirklich eine solche Vereinbarung gemacht hat. Das tat aber dieser gute Mann nicht. Sondern setzte sich auf seinem Hofboden und schrieb einen seiner Unacht nach "sublimanten" Artikel über die — Gewerkschaftsangelegenheiten. Wahrscheinlich glaubte er damit eine großartige Leistung zu vollbringen. Also auch hier wiederum liegt das Fehlen eines harmonischen Zusammenarbeitens wohl an anderer Stelle.

Die D. M. G. hat nun mittlerweile einen neuen Anschlag veranlaßt. Bezüglich des Anschlages vom 26. Mai d. J. über Werksratverordnungen und wilde Streiks stellen wir richtig, daß über den Inhalt des Anschlages keine Abmachung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgt ist.

Nun kann der Artikelschreiber der Tribune wohl wieder beruhigt sein und vielleicht über das Sprichwort nachdenken vom Hund und vom Ofen, welches die einzige Lösung ist, wenn man ein derartiges Verhalten, wie er es betreibt, überhaupt würdigen will.

Bezirksleitung des D. M. V.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 5. Okt. der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 11. Oktober 1919 fällig ist.

**Für nicht wieder anspruchsfähig wird erklärt:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:  
Der Metallarbeiter Hans Sommerfeld, geb. am 6. Nov. 1887 zu Berlin, Buch-Nr. 842360, wegen unkollegialem Verhalten.

**Aufforderung zur Rechtfertigung:**  
Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Düsseldorf:  
Der Former Wilhelm Gleisner, geb. am 30. Mai 1884 zu Mannheim, Buch-Nr. 2337291, wegen Betrug.

Anzuhalten ist:  
Mitgliedsbuch-Nr. 2275741, lautend auf den Dreher Wilhelm Girkler, geb. am 23. März 1897 zu Wansleben. Buch und Adresse des C. ist an den Kassierer in Wolfenbüttel zu senden.

Gestohlen wurde:  
Buch-Nr. 2495517, lautend auf den Zuschläger Wilhelm Döner, geb. am 7. Januar 1888 zu Drutter, eingetreten am 18. Februar 1917 in Wolfenbüttel. (Wormerhaven.)

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Bestimmungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragshebung
	I	II	III	
Apolda	30	15*	10	41. Beitragswoche.
Branbach a. Rh.	30	—	15	1. Oktober.
Zerfeln	30	15	15	40. Beitragswoche.
Naumb. a. Harz	15	5	—	1. Oktober.
Mittweide	20	15	10	42. Beitragswoche.
Oberbrügge	30	—	10	1. Oktober.
Oberhausen	15	10	10	40. Beitragswoche.
Öhrdruff	60	15	15	40.
Wanzig	30	15	10	41.
Schwarzburg	20	—	15	1. Oktober.
Sollingen	70	—	15	40. Beitragswoche.
Weglar	30	—	—	40.

Verichtigung von Nr. 30.  
Die Nichtbeachtung dieser Extrabeiträge hat Entziehung juraturlicher Rechte zur Folge.  
Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Zur Beachtung! • Zutug ist fernzuhalten**

- von Bandagisten und Orthopädiemechanikern nach Düsseldorf (Fa. Arthur Wolf) M.;
- von Dreher nach Weisenheim (Maschinenfabrik Johannesberg, G. m. b. H.); nach Soest (Fa. Rothermeyer) D.; nach G. m. b. H. U. (Salzwerke und chem. Fabriken) M.;
- von Elektromonteur nach Danzig v. St.;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Neuf bei Düsseldorf D.; nach Soest (Fa. Rothermeyer) D.;
- von Feinmechanikern und Helfern nach Stendal (Gehr. Vogt) D.;
- von Feinmechanikern nach Soest (Fa. Rothermeyer) D.; nach Staßfurt u. U. (Salzwerke und chemische Fabriken) M.;
- von Feinmechanikern und Feinmechanikern nach Wiberach a. M. U.; nach Greifswald i. Pommern (Fa. Alfred Ruhn) M.;
- von Metallarbeitern nach Bremen D.; nach Danzig D.; nach Dortmund U.; nach Wümbinnen v. St.; nach Hörde i. M. U. (U. S. P.); nach Kassel (Maschinenfabrik Niehe) St.;
- nach Lahr U.; nach Lindau D.; nach Remlingen (Fa. Schulz) M.; nach Öhrdruff, Th. St. u. M.; nach Überlingen (Fa. Turbo, Maschinenfabr.) St.; nach Weimar U.;
- von Metallarbeitern nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.; nach Leipzig (Wittner & Geißler, Rabold & Lindner, Schneider & Stopp) D.;
- von Schlossern und Schmieden nach Staßfurt u. U. (Salzwerke und chemische Fabriken) M.;
- von Schweißern und Schmiedern, Schlossern, Drechern und Stahlgraveuren nach Wida (Fa. Rob. Kötsch) U.;
- von Werkzeugmachern nach Ballendar (Fa. Joh. Knud) U.;
- von Zugschneidern nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedemann) M. U. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Mißregelung; M. = Mißstände.

**Berichte**

**Feilenhauer.**

Eßlingen. Die Aufnahme, die der in Nr. 35 der Metallarbeiter-Zeitung erschienene Bericht bei der Verwaltung Göppingen gefunden hat, veranlaßt uns, nochmals auf diesen zurückzukommen. Zunächst teiler wir mit, daß der Bericht gar nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, sondern der Verwaltung Stuttgart mit einem anderen für die Zeitung bestimmten Bericht zur Information, letzterer zur Sichtung und Weiterleitung zuzug. Der Bericht, der für die Mappo der Verwaltung Stuttgart zur laufenden Information bestimmt war, kam also durch besonderes Mißgeschick (das nicht hätte vorkommen können, wenn der Bericht für die Zeitung unmittelbar an uns gesandt worden wäre. Schriftl.) in die Zeitung. Wenn derselbe nun auch richtig ist, so war sein Inhalt für die Allgemeinheit der Kollegen gewiß nicht von großer Bedeutung. Göppingen weist mit aller Entschiedenheit die in dem Bericht von Eßlingen niedergelegten irreführenden und falschen Auffassungen zurück. Was es falsch, wenn wir in unserem Bericht von der Interessentlosigkeit der Verwaltung Göppingen unserer Konferenz gegenüber sprachen, wenn diese die Konferenz nicht besichtigt und auch ihre Bedenken gegen dieselbe erst später in einer Berichtigung äußert? Hätte Göppingen Interesse für die Sache gehabt, so hätte es durch eine Anfrage bei uns erfahren können, daß die "amtliche", aber doch die richtige Stelle für die Einberufung einer Landesberufungskonferenz. Wir haben daher einen entsprechenden Antrag mit Unterstützung der Verwaltung Stuttgart an die Bezirksleitung eingereicht und als der erste nicht nachgesehen, einen positiven. Wir konnten jedoch nur erreichen, daß uns mitgeteilt wurde, es scheine uns vollkommen frei, mit anderen Orten in dieser Angelegenheit in Verbindung zu treten. Da nun aber eine größere Konferenz von Verwaltungen nicht gut arrangiert werden kann, haben sich die Kollegen der Verwaltungen Stuttgart und Eßlingen verständigt. Und nicht etwa eine "beliebige" Verwaltung, sondern die Verwaltung Eßlingen, bei welcher die größte Zahl Feilenhauer organisiert ist, wurde mit der Durchführung einer Konferenz, wenn nicht der größeren Orte Württembergs (Stuttgart, Eßlingen, Göppingen und Heilbronn) beauftragt. Es war also überflüssig, auch noch die Verwaltung Göppingen mit der Durchführung der Konferenz zu beauftragen. Es wurde in Nr. 35 auch nichts davon gesagt, daß Göppingen mit Einverständnis sei, es geht daraus hervor, daß es eingeladen war, und das ist nicht falsch, sondern richtig; beziehend in jedoch, daß die Verwaltung die Kollegen in Göppingen von dieser Einladung nicht in Kenntnis gesetzt hat. Wir haben daher nicht nötig, auf die Zurechtweisungen, die uns Göppingen in seiner sog. Berichtigung weiter zuteil werden läßt, näher einzugehen. Was die Bemerkung in Nr. 35 über den Tarifabschluß der Weisenheimer Kollegen anbelangt, so war diese natürlich in dieser Form auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, obgleich es an sich richtig ist, daß die niedrige Entlohnung der Feilenhauer bei dem Tarif für Weisenheim ohne Angabe der näheren Umstände für die Allgemeinheit der Kollegen schwer verständlich ist. Wie notwendig überdies eine Landeskonferenz wäre, geht aus der Stellung der Arbeitgeber zu den letzten Tarifabschlüssen hervor, und es handelt sich für uns nicht nur um den Abschluß, sondern auch um dessen Erhaltung. In Feuerbach a. B. wurden in einem Betriebe den Kollegen gemeinsame Feilen von der Firma J. Werner, Feilenfabrik in Schaffhausen, Oberamt Kirchheim, vorgelegt, die nach den Angaben des Feuerbach-Arbeitgebers von dieser Firma um die Hälfte billiger kommen sollen,

als wenn sie nach dem neuen Tarif, durch seine Arbeiter in seiner eigenen Werkstatt aufbauen würden. Was derartige Bemerkungen in Württemberg, wo außer benannter Firma noch andere Betriebe die Feilenhauer haben, für ihre Herren Kollegen um einen Stundenlohn zu arbeiten und den Arbeitern in den Händen zu fallen, bedeutet, wird jeder Kollege begreifen. Solcher Arbeitsehrgeiz, die nicht wissen, was sie sich selbst und ihren Mitmenschen schuldig sind, sollte es verboten sein. Lehrlinge zu halten. Vor allem ist es aber notwendig, gegen diese Betriebe in einer Konferenz Stellung zu nehmen, weil eine Entschädigung einer solchen auch weit nicht wirkt, als die Stellung der Kollegen einer einzelnen Verwaltung. Das haben die Arbeitgeber und ihre Organisation längst begriffen; uns aber werden noch Hindernisse in den Weg gelegt, unsere Verhältnisse zu bessern und zu verbessern. Die Landesberufungskonferenzen sind daher nach unserer Auffassung nicht überflüssig, sondern notwendig, da auch eine Reichskonferenz nur zweckmäßig arbeiten kann, wenn ihr durch die Landeskonferenzen" wirksam vorgearbeitet wird.

Kiel. In der einzigen Feilenhauer hier am Orte von Zul. Buchholz Söhne sind die Feilenhauer im Laufe dieses Jahres schon dreimal in eine Lohnbewegung eingetreten. Bis zum Krüge standen sie, soweit die Entlohnung in Frage kam, hier in Kiel mit in erster Reihe. Dieses Bild hat sich während des Krieges geändert und nach der Umwälzung hielten die Feilenhauer der Firma Buchholz Söhne immer nach. Bei allen Verhandlungen mit der Firma erkannte diese die gestellten Forderungen in Anbetracht der hohen Kosten für die Lebenshaltung als gerecht an, erklärte sich aber zurückhaltend, sie insofern der ausserordentlichen Notlage zu berücksichtigen. Auch wurde bei diesen Verhandlungen auf die von der Konkurrenz gezahlten niedrigen Löhne Bezug genommen. Wir haben uns deshalb mit den auswärtigen Kollegen in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß an einigen Orten tatsächlich noch ziemlich niedrige Löhne gezahlt werden. Dies scheint an den Kollegen selbst zu liegen, schrieb man uns doch von einer Verwaltungsteile: "Unsere Kollegen dieser Branche schlafen noch und wir haben noch keine Zeit gehabt, sie aufzuwecken." Allen schlafenden Kollegen rufen wir zu: Wacht auf, besinn dich darauf, daß ihr ein Recht habt, ein menschliches Dasein zu führen und daß ihr die Pflicht habt, darauf zu achten, daß ihr nicht zu Armelöhnen eurer aufwärtsstrebenden Kollegen werdet. — Unsere letzte Lohnbewegung fand am 3. September in folgender Vereinbarung ihren Abschluß: Zwischen der Firma Zul. Buchholz Söhne, vertreten durch den Feilenhauer G. B. Kiel, einerseits und der Arbeiterbewegung der Firma, vertreten durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Vermittlungsstelle Kiel andererseits, wird folgendes vereinbart: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. 2. Der Stundenlohn für Feilenhauer beträgt: Für Junggelehrten im 1. Jahre nach vollendeter Lehre 2,10 M. die Stunde, von da an bis zum 23. Lebensjahre 2,20 M. für Feilenhauer über 23 Jahre vom 30. August an 2,30 M., vom 3. Oktober an 2,40 M., für den Härter vom 30. August an 2,40 M., vom 3. Oktober an 2,50 M. Die Schlichter arbeiten in Accord. Der Akkordpreis beträgt die Beweismittel für den Zentner 9 M., bei Stückteilen für das Stück 0,09 M. Bei vorfindenden Lohnarbeiten erhalten die Schlichter den Stundenlohn der Feilenhauer. 3. Für die über die achtstündige Arbeitszeit hinaus zu leistenden Arbeiten werden für die ersten beiden Lebensstunden je 25 v. H. Aufschlag gewährt. Für jede weitere Stunde sowie für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen wird ein Aufschlag von 50 v. H. bezahlt. 4. Urlaub. Es wird Urlaub gewährt nach Maßgabe des Tarifabschlusses des Feilenhauer- und Metallarbeiters vom 26. August 1919. 5. Die Kündigungsgeld beträgt 14 Tage. 6. Dieses Abkommen gilt bis auf weiteres mit Häufiger Kündigung.

**Glättenarbeiter.**

Dortmund-Görde. Am 26. Juni d. J. kündigten die Organisationen der am 1. April bzw. 1. März abgeschlossenen Lohnvertrag mit den Gruppen A, B und C des Arbeitgeberverbandes für Dortmund und Umgebung. Die Forderungen der Arbeiter wurden eingereicht. Zunächst handelte es sich um einen Manteltarif und um einen neuen Lohnstarif. Die ersten Verhandlungen ergaben, daß der Manteltarif nicht möglich, sondern für den gesamten Bezirk für Rheinland und Westfalen gemeinsam geschaffen werden soll. Zu dem Lohnstarif erklärten die Unternehmer, daß sie den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen könnten, die Betriebe könnten es nicht vorziehen, einen höheren Lohnniveau den Arbeitern zu gewähren. Die Lebensverhältnisse seien nicht besser, sondern infolge der Preissteigerung der Lebens- und der Preissteigerungsmaßnahmen der Regierung billiger geworden. Durch eine allgemeine Lohnerhöhung würde man der Regierung gehorchen in der Absicht, die der Erfahrungsgemäße Lohnaufbesserungen für wichtige Industriezweige Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Gefolge haben. Hieraus hielten die Organisationen den Reichskommissar, Herrn Seering, als Vermittler anzufragen. Nach hunderttägiger Aussprache machte der Reichskommissar den Vorschlag: Die Löhne werden aufgebessert um etwa 10 bis 15 v. H. und dargelegt, daß die minderentlohneten Arbeiter einen größeren Teil davon erhalten. In der ersten Sitzung konnten die Unternehmer eine bindende Erklärung nicht abgeben und wurde eine weitere Sitzung acht Tage darauf festgesetzt. Vier erklärten die Unternehmer, den Vorschlag des Herrn Reichskommissars abzulehnen. Sie seien wohl gewillt, daß sie nicht nur der Gruppe A, sondern auch den Gruppen B und C der minderbezahlten Personen eine Aufbesserung der Löhne gewähren wollten. Nach Umsetzung bekamen dann ein kleiner Bruchteil der Arbeiter 3 bis 4 v. H. Zuschlag auf die gewährten Tariflöhne. Der Reichskommissar bedauerte sehr, daß die Unternehmer seinen Vorschlag nicht angenommen hätten. Seine Mission sei nun erfüllt. Daraufhin haben die Organisationen als Vermittler des Reichsarbeitsministeriums angerufen, welches ebenfalls auf einen Schiedsspruch zu fallen habe. Die Verhandlungen fanden in Hannover unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wulf statt. Eine Einigung konnte auch dort nicht erzielt werden. Bei der Eröffnung der Sitzung wurde vom Vorsitzenden an beide Parteien die Frage gerichtet, ob sie sich dem Schiedsspruch fügen würden. Die Unternehmer verneinten diese Frage; die Arbeiter gaben die Erklärung ab, daß sie des lieben Friedens wegen sich dem eventuell gefällten Schiedsspruch unterstellen würden. Es wurde nach hunderttägiger Beratung nachstehender Schiedsspruch gefällig: Die Lohnsätze des bisherigen Tarifs bleiben mit der Maßgabe bis zum 1. März 1920 bestehen, daß folgende Zuschläge auf den tatsächlichen Verdienst zu gewähren sind: Bis zu 3 M. Stundenlohn 15 v. H., über 3 bis 2,30 M. 10 v. H. und über 2,30 bis 2,60 M. 5 v. H. Aufbesserung. Das Reichsamt erwartet bis zu einer Woche die Erklärung beider Parteien. Keine Erklärung bedeutete Ablehnung. Nachdem von Berlin aus bis heute keine Nachricht über zugegangen ist, wohl aber die Unternehmer den Obliegenheiten in der Arbeitsgemeinschaft in Dortmund und den Vertretern der Organisationen den ablehnenden Standpunkt der Unternehmer mit dem 60er Ausschuss am Mittwoch den 17. September eine Versammlung gehabt, die zu dieser Angelegenheit Stellung genommen hat. Von der Arbeiterbewegung wurde es aus scharfem Gerügt, daß die Unternehmer sich dem Schiedsspruch nicht anschließen, auch daß die einzelnen Unternehmer erklärt haben, die Regierung hätte keine Wirkung von der ganzen Angelegenheit. Die Arbeitgeberwirtschaft müsse aufgehoben werden, dann könnten die Unternehmer den verlangten Lohn zahlen, aber so seien sie nicht dazu in der Lage. Die Veranlassung rufen dann einstimmig folgende Resolution an: Die Angestellten (Kassier, Bezirks- und Zentralangestellten) sämtlicher in der Metallindustrie vertretenen Zentralgewerkschaften nahmen in einer hinstimmten Sitzung Stellung zur Tarifbewegung für Dortmund, Görde und Umgebung. Sie bedauern das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber gegenüber dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch. Sie sind der Meinung, daß die in dem Schiedsspruch vorgesehene geringe Lohnaufbesserung als das mindeste Zugeständnis betrachtet werden mußte, welches von den Arbeitgebern gewährt wurde. Nachdem jedoch die Arbeitgeber den Schiedsspruch nicht anerkannt haben, betrachten die Gewerkschaften denselben ebenfalls nicht mehr für sich als bindend. Sie sind jedoch entschlossen, mit allen Mitteln den Abschluß eines Tarifs unter Gewährung einer entsprechenden Lohnaufbesserung für alle Arbeiter ohne

